

# Ab heute Großbaustelle Weinstraße

**BAD BERGZABERN:** Kanalsanierung unter der Ortsdurchfahrt – Drei Monate lang halbseitige Sperrung mit Ampelregelung

Mit Bauchgrimmen blicken die Verantwortlichen von Stadt und Verbandsgemeinde auf die Sanierung der B 427/Weinstraße im Herbst zurück: Verkehrschaos aufgrund der Vollsperrung der Straße wegen Kanalarbeiten am alten Friedhof. Heute ist das Stück von dort bis zum Ludwigsplatz an der Reihe. Aber ganz so schlimm wie damals dürfte es nicht kommen: Die Strecke soll nämlich nur halbseitig gesperrt werden.

Stadtwerke-Chef Christian Müller geht davon aus, dass die Autofahrer in Stoßzeiten maximal zwei Rot-Phasen an der Ampel abwarten müssen, um die Weinstraße und damit die Baustelle passieren zu können. Vorsorglich ist eine Umleitung ausgeschildert. Sie führt die Autofahrer von und nach Richtung Dahn über die Umgehung von und nach Richtung Landau/Kandel.

Doch ob diese Route wirklich angenommen werden wird, bleibt abzuwarten. Bei der Sperrung im Herbst wurde quer Beet durch die engen Gassen der Altstadt und am Schulzentrum vorbei gerast, obwohl die ausgeschilderte Umgehung trotz der längeren Strecke in nachweislich kürzerer Zeit zu bewältigen war.

So kam es gerade mit den Tagestouristen an den Wochenenden zu ethischen Unfällen, weil sie massenweise in unbeschilderten Wohngebieten herumirrten. So krachte es unweit des Schulzentrums an einem Samstag gleich dreimal, mehrere Personen mussten ins Krankenhaus. Findige, bis heute unbekannte Anlieger versuchen durch selbst aufgebrachte



Fahrplanmarkierungen die Ortsfremden darauf aufmerksam zu machen, dass im Gebiet rund ums Schulzentrum grundsätzlich die Rechtsvor-links-Regelung gilt. Es half. Ein wenig.

Die aktuell geplanten Bauarbeiten sollen morgen beginnen und bis An-

fang Juli dauern, aufgeteilt in vier Bauabschnitte, jeder etwa 100 bis 150 Meter lang. Grund der Bodenarbeiten ist das zum Teil marode Wasser- und Abwassernetz unter der Straße.

Zwar habe er erzählt bekommen, in der Stadt gebe es sogar noch einige Holzleitungen aus anno dazumal, ge-

sehen habe er sie aber noch nicht. Doch auch die Leitungen in der Weinstraße müssten dringend angegangen werden, sie stammten aus 1930ern. Müller beziffert die Kosten auf 400.000 Euro, dazu kämen noch 80.000 Euro für das Verlegen einer neuen Starkstromleitung. (rww)



Das Rohrsystem stammt aus den 1930er Jahren. Die Rohre sind mit starken Ablagerungen belegt und genügen nicht mehr dem heutigen Standard. Deshalb werden ab heute die Haupt- und Nebenleitungen in der Weinstraße erneuert, die für drei Monate halbseitig gesperrt wird. Die Umleitungsstrecke über die Umgehung ist aus unserer Grafik ersichtlich.

GRAFIK: DOSTAL/FOTO: STADTWERKE



## LANDAU

### Linke kritisiert Polizeieinsatz bei Demo Rechtsextremer

Der Kreisverband Landau-Südliche Weinstraße der Partei „Die Linke“ übt massive Kritik am Polizeieinsatz gegen die „Mahnwache“ von Rechtsextremen am vergangenen Freitag in Landau. „Beherzte Antifaschisten“, wie es in der Presseerklärung der „Linken“ heißt, hätten versucht, den Marsch der Rechtsextremen zu blockieren. Ein Mannschaftswagen der Polizei sei dabei in die Menschenmenge gefahren und habe einige Jugendliche verletzt, ein Unterstützungskommando der bayrischen Polizei habe eine „regelrechte Menschenjagd auf die Antifaschisten“ veranstaltet, behauptet die „Linke“ und resümiert: „Statt den Jugendlichen Respekt zu erweisen, werden sie kriminalisiert und von der Generation ihrer Eltern feige im Stich gelassen.“ (red)

## KAISERSLAUTERN

### Kabarettisten verklagen Kammgarn-Kulturzentrum

Auf Unterlassung klagt die Kaiserslauterer Kabarettgruppe „Die Untiere“ gegen das Kaiserslauterer Kulturzentrum Kammgarn GmbH. Die öffentliche Verhandlung ist auf Freitag, 22. März, 12 Uhr, vor dem Kaiserslauterer Landgericht terminiert. Die Kläger wehren sich gegen eine Verlautbarung des Kulturzentrums vom 22. Februar, in denen der Eindruck erweckt werde, dass die Trennung von der Kammgarn allein durch das Verhalten der „Untiere“ verschuldet worden sei. Justizmediensprecher Michael Stiefenhöfer erläuterte, es gehe darum, die Richtigkeit der Kammgarn-Pressemitteilung zu überprüfen. Beide Seiten würden am Freitag befragt, um die Fakten zum Ausscheiden der „Untiere“ zu klären.

In der Kammgarn-Verlautbarung hatte das Kaiserslauterer Kulturzentrum auf seiner Internet-Homepage eine Chronologie der Vertragsverhandlungen aus seiner Sicht veröffentlicht. In der Folge kam es nach vorübergehenden Streitigkeiten zum Bruch zwischen der Kabaretttruppe der „Untieren“ und Kammgarn-Chef Richard Müller. Beide Seiten wiesen sich gegenseitig die Schuld für die Trennung zu. (ita)

## Klares Signal pro Zweibrücken

**ZWEIBRÜCKEN:** Flughafenfreunde zur Vertragsverlängerung mit Tui

Tui und Thomas Cook hätten zur richtigen Zeit ein klares Signal pro Flughafen Zweibrücken gesetzt, so Uwe Menzner, Vorsitzender der Zweibrücker Flughafenfreunde. Die Vertragsverlängerung mit Zweibrücken zeige deutlich, „von welchem Standort der Region wirtschaftlicher, ökologischer und vor allem sicherer geflogen werden kann“, schreibt er in einer Stellungnahme.

Die Vertragsverlängerung mit den Reiseanbietern sei eine klare Ansage auch in Richtung Saarland. Das Nachbarland habe in Zeiten von Sein oder Nicht Sein einer Kooperation versucht, dem vermeintlichen Kooperationspartner den Hauptkunden hinterhältig zu entziehen. „In Rheinland-Pfalz hatte die Politik eine Schwächephase, zeigt aber nun deutlich wieder

politisch gemeinsam seine Stärken“, so Flughafenfreund Menzner. Nicht nur durch den Zusammenhalt der Aktion „Eine Region steht zusammen“, auch durch den Fortbestand des Flugbetriebs in Zweibrücken über 2014 hinaus habe man die Position Zweibrückens gegenüber dem Saarland gestärkt.

Eine Kooperation ist für den Vorsitzenden der Flughafenfreunde auch eine Partnerschaft, in der man von beiden Partnern dem anderen gegenüber Fairness erwartet. „Das hat nicht nur etwas mit Anstand zu tun, sondern auch mit eigener Stärke.“ Während man auf Zweibrücker Seite bisher eher zurückhaltend gewesen sei, was die Neuansiedlung einer so wichtigen und gewinnbringenden Berlin-Verbindung angehe, so habe man im Saarland „Maas-los versucht den ver-

meintlichen Partner zu schwächen, ja sogar komplett auszuschalten“. Menzner appelliert an die Politiker, sich auf die Zweibrücker Stärken zu konzentrieren. Der Markt werde entscheiden, wohin der Weg geht.

Für Menzner ist das Bekenntnis der führenden deutschen Reiseveranstalter zu Zweibrücken ein deutliches Zeichen: „Auch Air Berlin wird über kurz oder lang dem Ruf der Wirtschaftlichkeit und Sicherheit folgen müssen, um auf dem Markt zu bestehen.“ Die Politik im Saarland habe in Gänze versagt, moniert der Flughafenfreund. Es sei fast gelungen, statt sich gegenseitig zu stärken, beide Seiten zu schwächen. Nun müsse auch dem letzten Lokalpatrioten im Saarland klar sein, dass es für die Region nur eine richtige Standortentscheidung gibt: „Zweibrücken“! (ts)

## „Fakten stützen Flugbetrieb nicht“

**ZWEIBRÜCKEN:** Umweltschützer rechnen nach

Wolfgang Adelfang, Vorsitzender des BUND Zweibrücken, hat die Zahlen aus dem Klophaus-Gutachten zum Flugplatz nachgerechnet und kommt zu anderen Schlüssen.

Ein Ergebnis der Klophaus-Studie ist: Das Land hat durch den Flughafen 14,8 Millionen Euro an Steuern eingenommen und im gleichen Zeitraum 7,4 Millionen an Subventionen gezahlt. Wenn man mit einer Dreisatzrechnung die Beträge für den Flugbetrieb und das andere Gewerbe trenne, komme man zu folgendem Ergebnis, so Adelfang: Aus einer Bruttowertschöpfung für den Flugplatz von 253,5 Millionen resultierten 14,8 Mil-

lionen an Steuern für das Land, aus der Bruttowertschöpfung von 37,4 Millionen für den Flugbetrieb 2,18 Millionen an Steuern. Laut Gutachten zahlte das Land aber 5,9 Millionen an Subventionen für den Flugbetrieb – also erheblich mehr als die Steuereinnahmen, so Adelfang.

Beim anderen Gewerbe stünden sich 12,62 Millionen (14,8 minus 2,18) Steuereinnahmen und die Landesausgaben von 1,5 Millionen gegenüber. Adelfangs Fazit aus dieser Rechnung: Man sollte das Geld statt für den Flugbetrieb besser in anderes Gewerbe stecken. „Die harten Fakten in dem Gutachten stützen den Flugbetrieb nicht – ganz im Gegenteil.“ (red)

## Mann stirbt bei Brand

**LANDAU:** Polizei schließt Fremdverschulden an Feuer in der Bismarckstraße aus

Es war 1.47 Uhr am frühen Dienstagmorgen, als bei der Feuerwehr der Notruf von Bewohnern eines Mehrfamilienhauses in der Bismarckstraße in Landau einging. Sie hatten bemerkt, dass in der Dachgeschosswohnung Feuer ausgebrochen war.

Als die Wehr mit acht Fahrzeugen und 38 Wehrleuten am Brandort – zwischen Marienring und Cornichonstraße – eintraf, schlug Rauch aus den Dachfenstern und durch das Gebälk. Der Wohnungsinhaber galt zu diesem Zeitpunkt als vermisst. Die Feuerwehr konnte das Feuer nach eigenen Angaben schnell unter Kontrolle bringen. Vier Wehrleute, die unter Atemschutz in die Dachwohnung gegangen waren, fanden den vermissten Mann schließlich in der stark verqualmten Behausung und brachten ihn durch das Treppenhaus nach unten auf die Straße, wo ein Notarzt unmittelbar mit der Reanimation des Verletzten begann. Vergebens. Der 56-Jährige starb kurz darauf in einem Landauer Krankenhaus. Die Kriminalpolizei Landau nahm die Ermittlungen zur Brandursache auf.

Nach den Untersuchungen des Brandgutachters in der Wohnung und nach der Obduktion des Leichnams stand gestern Nachmittag fest, dass das Feuer in der Wohnung des Verstorbenen ausgebrochen war. Ein Fremdverschulden oder technische Probleme könnten mit hoher Wahrscheinlichkeit als Ursache des Unglücks ausgeschlossen werden, teilte die Kriminalpolizei mit. Vielmehr dürfte der 56-Jährige selbst den Brand verschuldet haben, so die Kriminalpolizei. Angaben zur Schadenshöhe, auch durch Löschwasser in den darunter liegenden Geschossen, konnte die Polizei nicht machen. (git)



38 Feuerwehrleute waren zur Brandbekämpfung in die Bismarckstraße ausgerückt. FOTO: VAN

## Visionen für die Stadt in 35 Jahren

**ZWEIBRÜCKEN:** Forschungsprojekt an der Fachhochschule blickt in die Zukunft

Wie Zweibrücken in 35 Jahren aussehen wird, weiß natürlich niemand. Aber statt mit dem Strom zu schwimmen und äußere Entwicklungen abzuwarten, kann die Stadt steuern und Akzente setzen. Welche dabei infrage kommen, analysiert ein gemeinsames Forschungsprojekt der FH-Standorte Zweibrücken, Kaiserslautern und Pirmasens. Los ging's am Montag, mit dem Beginn des Sommersemesters.

Wird Zweibrücken zur Studentenstadt, welche Kommunikations- und Verkehrswege erfordern die demographischen Veränderungen, und wo sieht sich Zweibrücken regional angeben? Das sind nur einige der Fragen, mit denen sich Studierende und Professoren auseinandersetzen. Aus vielen Einzel-Antworten soll eine Vision „Zweibrücken 2050“ entstehen, die zugleich konkrete Umsetzungsvorschläge enthält. „Dabei geht es nicht um ein feststehendes Konzept, sondern um einen flexiblen handhabbaren Entwurf“, versichert Michael Jacob, Zweibrücker Professor für Betriebswirtschaftslehre. Das gemeinsam mit seinen Kaiserslauterer Kollegen Rolo Fütterer (Städtebau und Freiraumplanung) und Thomas Lechner (Baustoffkunde, Bauphysik, Klimagerechtes Bauen) sowie dem Pirmasenser Professor Georg Kling (Verfahrenstechnik) formulierte Ziel ist ein wissenschaftlich begründetes Leitbild – das dem Stadtvorstand und Stadtrat als Entscheidungshilfe vorgelegt werden soll.

80 Zweibrücker Studierende des Fachs Mittelstandswirtschaftslehre beginnen in den nächsten Tagen mit einer Ist-Analyse, die Stärken und Schwachpunkte darlegen soll. Zwölf Gruppen mit selbst definierten Ar-



beitsthemen wie „digitales Rathaus“ oder „Infrastruktur“ befragen Innenstadt- und Outlet-Kunden, sprechen Wirtschaftsvertreter an und ziehen Experten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft zu Rate. Um ein Wunschkonzert gehe es aber nicht, versichert Jacob. Alle Vorschläge sollen realisierbar und am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert sein. Ökologische Belange werden ebenso berücksichtigt wie wirtschaftliche und soziale.

Von einem „Staffellauf der Disziplinen“ spricht sein Kollege Rolo Fütterer. Die Zweibrücker Viertelsemester liefert eine Grundlage. „Aus diesen Zutaten backen wir dann einen Kuchen“, so der Hochschullehrer. An-

ders als bei der klassischen Stadtentwicklung gehe es um integrale Stadtplanung, die neben dem Bevölkerungsrückgang die Energie- und Flächeneffizienz und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen berücksichtige. „Da wird man auch über Dinge wie Leerstandsmanagement, Rückbau und neue Mobilitätsangebote nachdenken“, kündigt er an.

Das Gesamtprojekt „Zweibrücken 2050“ wurde im Forschungsausschuss der FH geboren; es lehnt sich an den bestehenden Forschungsschwerpunkt „Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen“ (Napud) an. Für die Umsetzung stehen 70.000 Euro zur Verfügung. Der Stadt entstehen keine Kosten. (npm)